

# SITZUNG

Sitzungstag:

06.12.2016

Sitzungsort:

Kusel

---

Namen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

---

**Niederschriftführer**

KA Christoph Dinges	
---------------------	--

**Ausschussmitglieder**

Gerold Lofi	
-------------	--

**Stimmberechtigte Mitgl.**

Markus Arnold	
Jürgen Conrad	Vertretung für Herrn Landrat Dr. Hirschberger
Therese Feuchtnr	
Daniel Größl	
Toni Klein-Moog	
Harald Luft	
Daniel Pfeiffer	Vertretung für Frau Petra Seibert
Margot Schillo	Vertretung für Frau Birgit Gehm-Schmitt

**Beratende Mitglieder**

Katinka Fries	Vertretung für Frau Jutta Baltes
Bettina Hafner	
Michael Heil-Habermann	Vertretung für Herrn Werner Barthel
Alice Höft	
Manuela Klein	Vertretung für Frau Katja Zielinski
Wolfgang Stemler	
Sabine Weingarth-Theis	
Marc Wolf	

**Verwaltung**

Kreisbeschäftigte Carmen Gutendorf	
KVD Ulrike Nagel	

**Abwesend:**

**Stimmberechtigte Mitgl.**

Birgit Gehm-Schmitt	entschuldigt
Dr. Winfried Hirschberger	entschuldigt
Inge Lütz	entschuldigt
Petra Seibert	entschuldigt

**Beratende Mitglieder**

Jutta Baltes	entschuldigt
Werner Barthel	entschuldigt
Hans Jürgen Böckel	entschuldigt
Bärbel Deny	entschuldigt
Patricia Krupp	entschuldigt
Ute Mehrhof	entschuldigt
Andrea Missal	entschuldigt
Ralf Spacky	entschuldigt
Katja Zielinski	entschuldigt

**Kreisbeigeordnete**

Kreisbeigeordneter Egbert Jung	entschuldigt
Kreisbeigeordneter Dr. Oliver Kusch	entschuldigt

# Tagesordnung

**der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, dem  
06.12.2016, um 15:00 Uhr, in der Aula des Horst-Eckel-Hauses, Lehnstraße 16,  
in Kusel**

1. Vorstellung des Sachgebiets Vormundschaften, Pflegschaften
2. Förderung suchtvorbeugender Veranstaltungen  
hier: Projekte des Regionalen Arbeitskreises Suchtprävention zum Thema Medien-  
nutzung von Kindern und Jugendlichen
3. Förderung der Projektreihe „Tol(l)eranz find ich gut“  
hier: Seminar mit jungen Menschen in Auschwitz
4. Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten 2016/17
5. Informationen

\*\*\*\*\*

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend verpflichtete er Frau Margot Schillo, Herrn Daniel Pfeiffer und Herrn Michael Heil-Habermann auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten als Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und übergab ihnen eine Übersicht über die Rechte und Pflichten von Ausschussmitgliedern.

Da keine Anträge zur Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung eingebracht wurden, konnte unmittelbar im Anschluss mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen werden.

\*\*\*\*\*

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 06.12.2016</b>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b>
<i>-öffentlicher Teil-</i>		<i>davon anwesend:</i> <b>9</b>
		Beratende Mitglieder: <b>14</b>
		<i>davon anwesend:</i> <b>8</b>
		<b>Abstimmungsergebnis</b>
<b>TOP: 1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	Dafür   Dagegen   Enthaltung
		-   -   -

### ***Vorstellung des Sachgebiets Vormundschaften, Pflegschaften***

Die beiden zuständigen Sachbearbeiterinnen des Jugendamtes, Frau Jana Reiß und Frau Andrea Müller, stellten anhand einer PowerPoint-Präsentation das Sachgebiet „Vormundschaften/Pflegschaften“ vor. Zunächst gaben sie einige allgemeinen Informationen zur Organisationsstruktur. Sodann gab Frau Reiß einen Überblick über die in diesem Bereich tätigen Personen und wies darauf hin, dass für die Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer die Zuständigkeit auf zwei Sachbearbeiterinnen konzentriert sei, da in diesen Fällen u.a. die Regelung von Aufenthalts- und asylrechtlichen Angelegenheiten und die Förderung der Integration im Vordergrund stehe. Anschließend ging sie auf die Fallzahlen zum 31.10.2016 ein. Von den 130 laufenden Fällen seien 78 dem Bereich Vormund- und 52 Fälle dem Bereich Pflegschaften sowie Ergänzungspflegschaften zugeordnet. In 48 der 78 Fälle handele es sich um Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer. Nachdem sie kurz die gesetzlichen Grundlangen darstellte, die unter anderem vorsehen, dass eine Vollzeitkraft maximal 50 „Mündel“ betreue, erläuterte sie anhand eines Beispielfalles die Wirkungsbereiche der Vormünder, die neben der Personensorge auch die Vermögenssorge einschließe. Bevor Frau Müller über die Vormundschaften für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer berichtete, erläuterte Frau Reiß noch die Unterschiede zwischen Vormundschaften, Pflegschaften, Ergänzungspflegschaften, gesetzlichen Vormundschaften und Adoptionsvormundschaften.

Frau Müller erläuterte anschließend ihre Aufgaben und Tätigkeiten als Vormund für unbegleitete minderjährige Ausländer. Sie helfe beispielsweise bei der Asylantragstellung und begleite die Jugendlichen bei der Anhörung. Weiterhin unterstütze sie die Jugendlichen bei der Ausbildungssuche, was insbesondere für Jugendliche, deren Asylantrag abgelehnt wurde, von besonderer Bedeutung sei. Sollte eine Familienzusammenführung möglich sein, nehme sie Kontakt mit der Ausländerbehörde sowie der entsprechenden Botschaft auf und helfe bei der Zusammenstellung der benötigten Unterlagen. Anschließend informierte sie über die Herkunftsländer sowie die Altersstruktur der unbegleiteten minderjährigen Ausländer und beantwortete Fragen der Ausschussmitglieder.

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung</b> <b>am 06.12.2016</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b> <i>davon anwesend:</i> <b>9</b>	Beratende Mitglieder: <b>14</b> <i>davon anwesend:</i> <b>8</b>
<b>TOP: 2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>	
		Dafür <b>9</b>	Dagegen <b>0</b>
			Enthaltung <b>0</b>

### **Förderung suchtvorberegender Veranstaltungen**

**hier: Projekte des Regionalen Arbeitskreises Suchtprävention zum Thema Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen**

Der Regionale Arbeitskreis Suchtprävention Kusel (RAK) plant im nächsten Jahr in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung die Durchführung von zwei Veranstaltungen für Eltern, Lehrer und pädagogische Fachkräfte zum Thema „Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen“. Beide Veranstaltungen dienen der Sensibilisierung für einen verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien. Eltern, Lehrer und pädagogische Fachkräfte können praktische Erfahrungen sammeln und Informationen erhalten, die bei der medialen Förderung von Kindern und Jugendlichen hilfreich sind.

#### Eltern-LAN:

Die „Eltern-LAN“ bietet Eltern, Lehrern und pädagogischen Fachkräften die Möglichkeit, Computerspiele (Games) selber auszuprobieren und sich mit erfahrenen Medienpädagoginnen und Medienpädagogen darüber auszutauschen.

Ein Dozent der Bundeszentrale für politische Bildung führt die Teilnehmenden der „Eltern-LAN“ mit einem Vortrag in die „Faszinationskraft digitaler Spiele“ ein.

Die Teilnehmenden werden über Risiken und Möglichkeiten von Games informiert, offene Fragen werden beantwortet. Sie erhalten konkrete Anregungen und Ideen, wie sie mit Kindern und Jugendlichen ins Gespräch über Games kommen.

Die Veranstaltung „Eltern-LAN“ soll am 14.02.2017 im Haus der Jugend in Kusel stattfinden.

#### Eltern/Pädagogen ONLINE

Soziale Netzwerke sind heute für Kinder und Jugendliche zentrale Kommunikationsmedien. "Eltern/Pädagogen ONLINE" gibt Antworten darauf, welche Möglichkeiten Soziale Netzwerke bieten, was an ihnen fasziniert und geht auf deren Risiken ein. Die Teilnehmenden können an einfach zu bedienenden Tablets in einem Sozialen Netzwerk experimentieren und dabei – begleitet von erfahrenen Medienpädagogen – neue Erfahrungen machen.

Die Veranstaltung unterstützt Erziehende dabei, Orientierungswissen über Soziale Netzwerke zu erwerben und möchte so Gespräche zwischen den Generationen erleichtern.

Die Veranstaltung „Eltern/Pädagoge ONLINE“ soll am 08.11.2017 stattfinden.

Der Veranstaltungsort steht noch nicht fest.

Für die beiden Maßnahmen zur Suchtprävention entstehen Kosten in Höhe von 350,- Euro (175,- Euro je Projekt). Die Kosten enthalten von der Bundeszentrale für politische Bildung gestellte Dozenten, eine Leihgebühr für die benötigten Laptops und Bewirtungskosten. Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) finanziert 175,- Euro der anfallenden Gesamtkosten.

Der Regionale Arbeitskreis Suchtprävention Kusel bittet daher um einen Zuschuss zu den ungedeckten Kosten in Höhe von 175,- Euro. Die Mittel stehen im Haushalt zur Verfügung.

Bevor über die Gewährung des Zuschusses abgestimmt wurde, stellte Herr Michael Heil-Habermann den RAK kurz vor, erläuterte die beiden Maßnahmen zur Suchtprävention und beantwortete die Fragen der Jugendhilfeausschussmitglieder.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss unterstützt die Veranstaltungen „Eltern-LAN“ und „Eltern/Pädagogen ONLINE“ und gewährt dem Regionalen Arbeitskreis Suchtprävention Kusel einen Zuschuss in Höhe von 175,- Euro.

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 06.12.2016</b>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b>
<i>-öffentlicher Teil-</i>		<i>davon anwesend:</i> <b>9</b>
		Beratende Mitglieder: <b>14</b>
		<i>davon anwesend:</i> <b>8</b>
<b>Abstimmungsergebnis</b>		
<b>TOP: 3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	Dafür
		Dagegen
		Enthaltung
		<b>9</b>
		<b>0</b>
		<b>0</b>

***Förderung der Projektreihe „Tol(l)eranz find ich gut“  
hier: Seminar mit jungen Menschen in Auschwitz***

Die Initiative „Tol(l)eranz find ich gut!“ plant vom 27.04. – 01.05.2017 ein politisches Bildungsseminar für 18 junge Menschen ab 16 Jahren zur KZ-Gedenkstätte Auschwitz.

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen ist Voraussetzung für die Entwicklung einer eigenen Haltung und Grundlage für die Entwicklung von demokratischen Einstellungen. Die Erfahrung aus den vergangenen Jahren zeigt, dass die Eindrücke und in deren Folge auch die Entwicklungsprozesse umso intensiver sind, wenn die Auseinandersetzung an authentischen Orten der Geschichte stattfindet.

In den fünf Tagen sollen die Teilnehmenden erfahren, wie es ist, wenn Menschenrechte keine Gültigkeit haben, wie Menschen in Deutschland und Europa von den Nationalsozialisten aufgrund ihrer Hautfarbe, Abstammung, Religiosität oder politischer Gesinnung verfolgt und umgebracht wurden. In thematischen Einheiten werden die jungen Menschen auf die Besichtigung der Gedenkstätten Auschwitz (Stammlager) und Birkenau (Außenlager) vorbereitet und die gewonnenen Eindrücke anschließend ausgewertet und reflektiert.

Mit diesem Seminar sollen junge Menschen aus unserer Region einen umfassenden Einblick in die Unmenschlichkeit faschistischer Systeme bekommen um dadurch nationalsozialistischen Äußerungen und Anfeindungen in ihrem Umfeld besser entgegen treten zu können.

Wie bei den bisherigen Fahrten soll den Teilnehmenden die Bildungsfahrt zu einem vertretbaren Preis in Höhe von 100,- Euro ermöglicht werden.

Der Kosten- und Finanzierungsplan stellt sich wie folgt dar:

Ausgaben:

Reisekosten	4.000,- €
Unterkunft	2.800,- €
Verpflegung	2.200,- €
Führungen, Eintritte, Fahrtkosten vor Ort	2.000,- €
Sonstiges	<u>500,- €</u>
	<b>11.500,- €</b>

Einnahmen:

Teilnehmerbeiträge (18 x 100,- €)	1.800,- €
Zuschuss IBB( Bundesjugendplan)	6.072,- €
Zuschuss Landkreis Kusel	2.000,- €
Zuschuss Prot. Kirchengemeinde	<u>1.628,- €</u>
	<b>11.500,- €</b>

Diese Maßnahme kann nicht aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ gefördert werden, da Maßnahmen, die zu den originären Aufgabenbereichen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP) gehören und der Art nach von dort gefördert werden können, nach den Fördergrundsätzen von einer entsprechenden Förderung ausgeschlossen sind.

Um die entstehenden Kosten zu decken, bitte die Initiative den Jugendhilfeausschuss um einen Zuschuss für das Seminar in Höhe von 2.000,- €. Die entsprechenden Haushaltsmittel stehen im Haushalt 2016 zur Verfügung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss bewilligt dem Bündnis „Tol(l)eranz find ich gut“ für das Seminar in Auschwitz einen Zuschuss in Höhe der ungedeckten Kosten, jedoch höchstens 2.000,- Euro.

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 06.12.2016</b>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b>
<i>-öffentlicher Teil-</i>		<i>davon anwesend:</i> <b>9</b>
		Beratende Mitglieder: <b>14</b>
		<i>davon anwesend:</i> <b>8</b>
		<b>Abstimmungsergebnis</b>
<b>TOP: 4</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	Dafür   Dagegen   Enthaltung
		<b>9   0   0</b>

### ***Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten 2016/17***

Der Kindertagesstätten Bedarfsplan lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor. Herr André Mahler, zuständiger Sachbearbeiter für den Bereich Kindertagesstätten, stellte anhand einer PowerPoint-Präsentation die wesentlichen Veränderungen bei der Bedarfsplanung vor.

Herr Mahler erläuterte zunächst die Gruppenarten innerhalb der einzelnen Kindertagesstätten und ging anschließend auf die verfügbaren Plätze ein. Der vorliegende Bedarfsplan weist für das aktuelle Kindergartenjahr insgesamt 2.648 Plätze in Kindertagesstätten aus. Davon seien 2.023 Plätze für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren (Regelplätze), sowie 625 Plätze für Kinder unter drei Jahren (Kleinkindplätze). Gleichzeitig würden insgesamt 302 Tagespflegeplätze zur Verfügung stehen. Sodann zeigte er das Verhältnis zwischen den Bedarfen und den vorhandenen Kleinkind- bzw. Regelplätzen im Landkreis sowie in den einzelnen Verbandsgemeinden auf. Durch die Veränderung der Gruppenstrukturen verzeichne man einen Zuwachs von 45 Plätzen in Kindertagesstätten, wovon 30 Regelplätze und 15 U3-Plätze seien. Die Zahl der Kleinkindplätze betrage somit 625 Plätze.

Durch steigende Geburtenzahlen sowie Zuzüge aus anderen Landkreisen bestehen in einzelnen Kindertagesstätten zusätzliche bzw. veränderte Bedarfe. Nach dem heutigen Stand sei demnach an den Standorten in Waldmohr, Schönenberg-Kübelberg, Sankt Julian, Odenbach, Matzenbach und Herschweiler-Pettersheim die Einrichtung zusätzlicher Gruppen bzw. die Umwandlung von Gruppen erforderlich. Herr Mahler erläuterte hierzu die Bedarfsentwicklung, die geplanten Änderungen sowie die Auswirkungen im Einzelnen.

Herr Mahler führte weiter aus, dass die Tendenz zur Ganztagsbetreuung sowie die Nachfrage zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren stetig zunehmen. So weise der Kindertagesstättenbedarfsplan 1.348 Ganztagsplätze aus. Der Anteil der Ganztagsplätze an der Gesamtkapazität betrage zum aktuellen Kindergartenjahr 51 %. Mit dem Abschluss der Umbauarbeiten in der Kindertagesstätte Neunkirchen werden ab dem Frühjahr 2017 alle Kindertagesstätten im Landkreis Ganztagsplätze anbieten.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den von der Verwaltung vorgelegten Kindertagesstätten Bedarfsplan.

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung</b> <b>am 06.12.2016</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b> <i>davon anwesend:</i> <b>9</b> Beratende Mitglieder: <b>14</b> <i>davon anwesend:</i> <b>8</b>						
<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">TOP: 5</div>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Dafür</td> <td style="border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Dagegen</td> <td style="padding: 5px;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="border-right: 1px solid black; text-align: center; padding: 5px;">-</td> <td style="border-right: 1px solid black; text-align: center; padding: 5px;">-</td> <td style="text-align: center; padding: 5px;">-</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	-	-	-
Dafür	Dagegen	Enthaltung						
-	-	-						

### **Informationen**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Leiter der Abteilung Jugend und Soziales, Herr Marc Wolf, über die geplante Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes. Bisher werde Unterhaltsvorschuss für maximal 72 Monate und bis zum 12. Lebensjahr gewährt. Die Änderung sehe vor, dass die maximale Bezugsgrenze von 72 Monaten wegfalle und ein Anspruch bis zur Vollendung des 18. Lebensjahr bestehe. Daraus resultiere nicht nur eine erhebliche Kostensteigerung, sondern auch eine Steigerung der Fallzahlen um 86 % im Landkreis Kusel.

Darüber hinaus berichtete er noch über die geplante Novellierung des Kindertagesstättengesetzes und dass man bei der 9. Netzwerkkonferenz, zu dem Thema „Interkulturelle Kompetenz in der sozialen Arbeit“, rund 120 Teilnehmern verzeichnen konnte.

Der Vorsitzende informierte schließlich noch über das Bundesprojekt „Demokratie-Leben“. Der Begleitausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung neben der Nachwahl von Frau Inge Lütz und Herrn Urban Braun auch neue Förderkriterien verabschiedet. Für einzelne Projekte bestehe nun die Möglichkeit einer Förderung bis zu 90%, höchstens jedoch 7.000 Euro. Der Landkreis habe die Fortführung des Projektes bis 2019 beantragt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nahmen die Informationen zur Kenntnis. Einwände gegen die vorgetragenen Informationen wurden nicht vorgebracht.

\*\*\*\*\*

Die Sitzung begann um 15:00 Uhr und endete gegen 16:15 Uhr.

\*\*\*\*\*

Geschlossen:

Der Vorsitzende:  
gez.  
(Gerold Lofi)  
Vorsitzender des  
Jugendhilfeausschusses

Der Schriftführer:  
gez.  
(Christoph Dinges)  
Kreisamtmann